

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Konjunktur in Deutschland nimmt etwas Fahrt auf

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2003) : Konjunktur in Deutschland nimmt etwas Fahrt auf, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 350-367

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3125>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2003, Heft 4

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

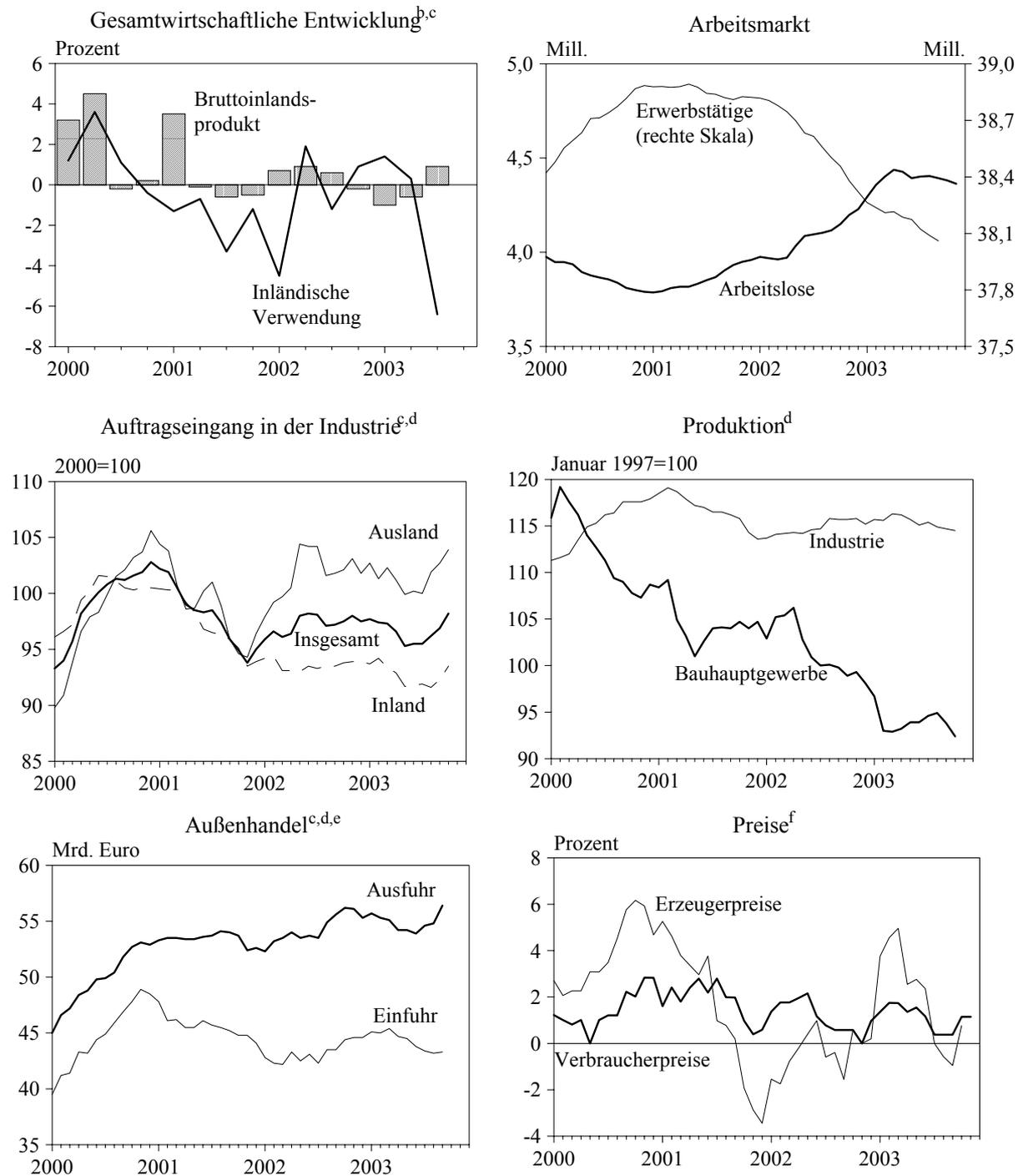
Konjunktur in Deutschland nimmt etwas Fahrt auf

*Von Joachim Benner, Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp,
Joachim Scheide und Rainer Schmidt*

An dem weltweiten konjunkturellen Aufschwung, der im Sommerhalbjahr 2003 eingesetzt hat, war die deutsche Wirtschaft bisher nicht beteiligt. Zwar wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal erstmals seit einem Dreivierteljahr ausgeweitet (Abbildung 1). Mit einer laufenden Jahresrate von 0,9 Prozent blieb der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts aber hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurück; die Kapazitätsauslastung nahm erneut ab. Maßgeblich für den Produktionsanstieg war das kräftige Anziehen der Auslandsnachfrage. Dagegen brach die Binnennachfrage regelrecht ein. Die privaten Haushalte schränkten ihre Konsumausgaben angesichts deutlich abnehmender real verfügbarer Einkommen beschleunigt ein, und die Anlageinvestitionen gingen erheblich zurück. Der Abbau von Arbeitsplätzen setzte sich fort. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit dennoch etwas abnahm, ist allein auf die forcierte „Bereinigung“ der Statistik zurückzuführen.

Für das Schlussquartal 2003 deuten die vorlaufenden Indikatoren auf eine leichte Beschleunigung des Produktionsanstiegs hin. Im Oktober übertraf die Industrieproduktion ihren Stand vom dritten Vierteljahr um 1,5 Prozent. Das Geschäftsklima hat sich seit seinem Tiefpunkt im April spürbar verbessert; dabei wird seit Juni die Geschäftslage zunehmend positiver beurteilt. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind seit Beginn des Sommers aufwärts gerichtet; zuletzt erhöhten sich auch die Bestellungen aus dem Inland. Im Bauhauptgewerbe haben sich die Auftragseingänge im dritten Quartal immerhin auf dem Niveau des Vorquartals gehalten, nachdem sie geraume Zeit rückläufig gewesen waren.

Abbildung 1:

Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2000–2003

^aSaisonbereinigt. – ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^cReal. – ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg); eigene Berechnungen.

Die Verbraucherpreise steigen nach wie vor nur sehr wenig. Die geringfügige Beschleunigung des Preisauftriebs zwischen August und Oktober ist auf das Anziehen des Ölpreises und die vorwiegend witterungsbedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln zurückzuführen. Zuletzt beruhigte sich der Anstieg wieder. Im November waren die Verbraucherpreise leicht rückläufig; die Inflationsrate betrug 1,3 Prozent.

Trotz Aufwertung: Monetäre Rahmenbedingungen nach wie vor günstig

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den maßgeblichen Leitzins seit Juni bei 2,0 Prozent belassen. Dreimonatsgeld ist seither für reichlich 2,1 Prozent zu haben. Real liegt der Dreimonatssatz bei etwa 1 Prozent, einen Prozentpunkt unter jenem Niveau, das wir für neutral halten (Benner et al. 2003a). Deutlich gestiegen sind seit dem Frühsommer die Kapitalmarktzinsen. Hatte die Rendite von Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit im Juni noch bei 3,7 Prozent gelegen, so erreichte sie Anfang Dezember ein Niveau von 4,4 Prozent. Allerdings hat sich der langfristige Realzins kaum verändert. Die Break-Even-Inflationsrate französischer inflationsindexierter Staatsanleihen ist nämlich im selben Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man, dass die Inflation in Frankreich in den vergangenen Jahren um etwa 0,3 Prozent über der in Deutschland lag, so dürften die langfristigen Inflationserwartungen für Deutschland gegenwärtig bei 1,8 Prozent liegen. Der langfristige Realzins dürfte damit etwa einen halben Prozentpunkt weniger als sein neutrales Niveau von 3 Prozent betragen. Verbessert haben sich die monetären Rahmenbedingungen überdies durch den weiteren Anstieg der Aktienkurse, der positiv sowohl auf die Eigenkapital- als auch die Fremdkapitalfinanzierung wirkt. Seit seinem Tiefpunkt Mitte März 2003 hat der DAX bis Anfang Dezember über 60 Prozent gewonnen. Dämpfend auf die Konjunktur wirkt hingegen die erneute Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Da der Euro allerdings zwischenzeitlich auch schwächer notierte, hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit Juni kaum verändert.

Im Prognosezeitraum wird die EZB die Zinsen unverändert lassen (Benner et al. 2003c). Die kurzfristigen Realzinsen dürften mit der leicht anziehenden Inflation etwas sinken. Die Kapitalmarktzinsen werden im Zuge des weltweiten Aufschwungs sowohl nominal als auch real leicht steigen (Tabelle 1). Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,20 unterstellt. Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum in etwa unverändert bleiben.

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2003 und 2004

	2003				2004			
	1. Q.	2. Q.	3. Q. ^a	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,9	2,4	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,9	3,9	4,2	4,2	4,3	4,4	4,5	4,7
Tariflohnindex ^{c,d}	3,0	2,2	2,3	2,2	2,2	2,1	1,7	1,8
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,07	1,14	1,12	1,18	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	96,3	97,5	97,2	98,0	98,2	98,2	98,2	98,2
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	3,3	-1,7	3,3	3,4	3,8	4,1	4,1	4,2
Rohölpreis ^h	31,5	26,1	28,3	29,7	30,0	28,5	28,0	29,5

^aTeilweise geschätzt. – ^bPrognose. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). – ^dAuf Stundenbasis. – ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). – ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, acht EU-Beitrittsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. – ^hUS-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Angekündigter Rückgang des strukturellen Budgetdefizits bleibt aus

Das strukturelle Budgetdefizit des Staates hat im Jahr 2003 nach unserer Einschätzung etwas abgenommen.¹ Maßgeblich dafür ist, dass die Zunahme einzelner Ausgaben gebremst wurde und dass viele Abgaben erhöht wurden; insbesondere wurden die Sozialversicherungsbeiträge deutlich angehoben. Die Abgabenbelastung (Steuer- und Beitragsaufkommen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ist daraufhin um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Das von Konjunkturlinien nicht bereinigte Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt knapp unter 4 Prozent liegen (2002: 3,5 Prozent).

Um den Kurs der Finanzpolitik für das Jahr 2004 wird immer noch heftig gerungen. Die Bundesregierung will die dritte Stufe der Steuersenkung, die nach geltender Gesetzeslage am 1. Januar 2005 in Kraft tritt, um ein Jahr vorziehen und die Neuverschuldung erheblich ausweiten. Die Opposition will dagegen die Verschuldung allenfalls in einem Volumen von einem Viertel der zusätzlichen Steuermindereinnahmen (15,6 Mrd. Euro) erhöhen. Vermutlich wird im Vermittlungsausschuss zusammen mit der Steuersenkung beschlossen, die Finanzhilfen des Bundes und der Länder sowie etliche Steuervergünstigungen, orientiert

¹ Die EU-Kommission hat dagegen im November 2003 eine Zunahme des strukturellen Defizits prognostiziert und dabei ihren Schätzwert für das strukturelle Defizit im Jahr 2003 von 2,6 auf 3,5 Prozent revidiert.

an dem Vorschlag der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück (Koch und Steinbrück 2003), aber stärker als dort vorgesehen, zu kürzen; wir veranschlagen das Einsparvolumen auf reichlich 5 Mrd. Euro.

Darüber hinaus werden im Jahr 2004 zahlreiche Einsparmaßnahmen wirksam. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden nur wenig steigen; die Tariflöhne und die Beamtengehälter werden zwar angehoben, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld aber verringert. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung werden infolge der Reform des Gesundheitswesens deutlich sinken. Schließlich wird die Zunahme der Rentenausgaben eingeschränkt, damit der Beitragssatz konstant gehalten werden kann. Insgesamt werden die öffentlichen Ausgaben im Jahr 2004 um knapp 10 Mrd. Euro gekürzt, während die Steuer- und Beitragseinnahmen um reichlich 15 Mrd. Euro reduziert werden (Tabelle 2).

Tabelle 2:

Wichtige finanzpolitische Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Einnahmen und die Ausgaben des Staates 2004 (Mrd. Euro)

Senkung der Einkommensteuersätze (2. Stufe, nach Abzug der progressionsbedingten (heimlichen) Steuererhöhung)	-3,5
Reduktion der Einkommensteuersätze (3. Stufe)	-15,6
Reduktion der Steuervergünstigungen	2,5
Reduktion des Beitragssatzes in der Krankenversicherung	-2,5
Belastung der Versorgungsbezüge der Versicherten durch Krankenkassenbeiträge	1,6
Erhöhung der Tabaksteuer	1,0
Belastung der Rentner mit dem vollen Beitrag zur Pflegeversicherung	1,2
Insgesamt	-15,3
Kürzung der Finanzhilfen	-2,8
Reduktion des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes im öffentlichen Dienst	-1,6 ^a
Einsparungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung (u.a. Wegfall von einzelnen Leistungen, Anhebung der Zuzahlungen der Versicherten beispielsweise beim Kauf von Arzneimitteln, Abschaffung des Sterbegeldes)	-4,0
Aussetzung der Rentenanpassung	-1,1
Insgesamt	-9,5

^aSchon im Jahr 2003 Minderausgaben in Höhe von 500 Mill. Euro.

Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen.

Die Bundesregierung plant für das Jahr 2004 weitere Maßnahmen, die zur Reduktion des Budgetdefizits beitragen sollen. So soll eine so genannte Steueramnestieregelung in Kraft treten, nach der steuerunehrliche Bürger zeitlich befristet die Möglichkeit haben, straf- und bußgeldfrei, allerdings um den Preis einer Abgabe von 25 Prozent, hinterzogenes Einkommen zu deklarieren. Es ist offen, ob eine solche Regelung – angesichts ungeklärter verfassungsrechtlicher Fragen – tatsächlich zum Jahresbeginn 2004 oder erst im Jahr 2005 (möglicherweise zusammen mit einer Zinsabgeltungsteuer) eingeführt wird. Letzteres halten wir für wahrscheinlicher. Auch soll das Gemeindesteuersystem mit Wirkung ab 2004 reformiert werden. Angesichts der unterschiedlichen Reformpläne von Regierung und Opposition wird die Gewerbesteuer aber wohl lediglich in Einzelheiten verändert werden; das Steueraufkommen dürfte aber – zulasten des Bundes – zugunsten der Gemeinden umverteilt werden.

Die Steuerbelastung insgesamt wird unter diesen Umständen im Jahr 2004 kräftig sinken. Die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates dürften kaum steigen. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2004, anders als angekündigt, nicht abnehmen.

Die Bundesregierung hat am 3. Dezember 2003 ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm beschlossen. Es beinhaltet eine Reduktion des am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Budgetdefizits von 4 Prozent im Jahr 2003 auf 1 ½ Prozent im Jahr 2007 (Tabelle 3). Für das Jahr 2006, das Endjahr des Projektionszeitraums des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2002, wird ein Defizit von 2 Prozent ausgewiesen. Vor einem Jahr war für dieses Jahr ein ausgeglichenes Budget angestrebt worden. Angesichts einer Zielverfehlung von 1 ¼ Prozentpunkten für das Jahr 2003 wäre, für sich genommen, zu erwarten gewesen, dass der aktualisierte Zielwert für das Jahr 2006 in dieser Größenordnung liegt. Es ist aber zu berücksichtigen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2003 und 2004 schwächer expandieren wird als im Dezember 2002 erwartet. Stellt man dies in Rechnung, so ergibt sich gleichwohl als neuer Zielwert für das Jahr 2006 ein Wert, der unter 2 Prozent liegt. Offenbar sollen die Konsolidierungsanstrengungen schwächer sein, als vor einem Jahr angekündigt. Bei der Bewertung des Stabilitätsprogramms ist zudem zu bedenken, dass dem aktuellen Programm (nach einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 bis 2 Prozent im Jahr 2004) für die Jahre 2005–2007 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen um jahresdurchschnittlich 2 ¼ Prozent zugrunde liegt. Bleibt die Zunahme, wie angesichts eines Wachstums des Produktionspotentials in der Größenordnung von 1 bis 1,5 Prozent zu erwarten, hinter dieser Rate zurück, so wird der Konsolidierungsfortschritt noch geringer sein als in dem neuen Stabilitätsprogramm dargestellt.

Tabelle 3:

Eckdaten des aktualisierten Stabilitätsprogramms der Bundesregierung^a 2003–2007

	2003	2004	2005	2006	2007
Budgetsaldo ^b	-4	-3 ½	-2 ½	-2	-1 ½
Budgetsaldo ^b gemäß dem Programm vom Dezember 2002	-2 ¾	-1 ½	-1	0	.
Struktureller Budgetsaldo ^b	-3	-2 ½	-2	-1 ½	-1
Staatsausgaben ^b	49	47 ½	46 ½	45 ½	44 ½
Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen ^c	0	1 ½ – 2	2 ¼	2 ¼	2 ¼
Deflator des Bruttoinlandsprodukts ^c	1	1	1 ¼	1 ¼	1 ¼
Erwerbstätige ^c	-1 ½	-0	.	.	.

^aStand: Dezember 2003 – ^bIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: BMF (2003).

Insgesamt ist das aktualisierte Programm als wenig ehrgeizig anzusehen. Würde das zugrunde gelegte Konsolidierungstempo in den Jahren 2008–2010 beibehalten, so würde Deutschland erst im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen, also zwölf Jahre nach Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Moderater Exportzuwachs

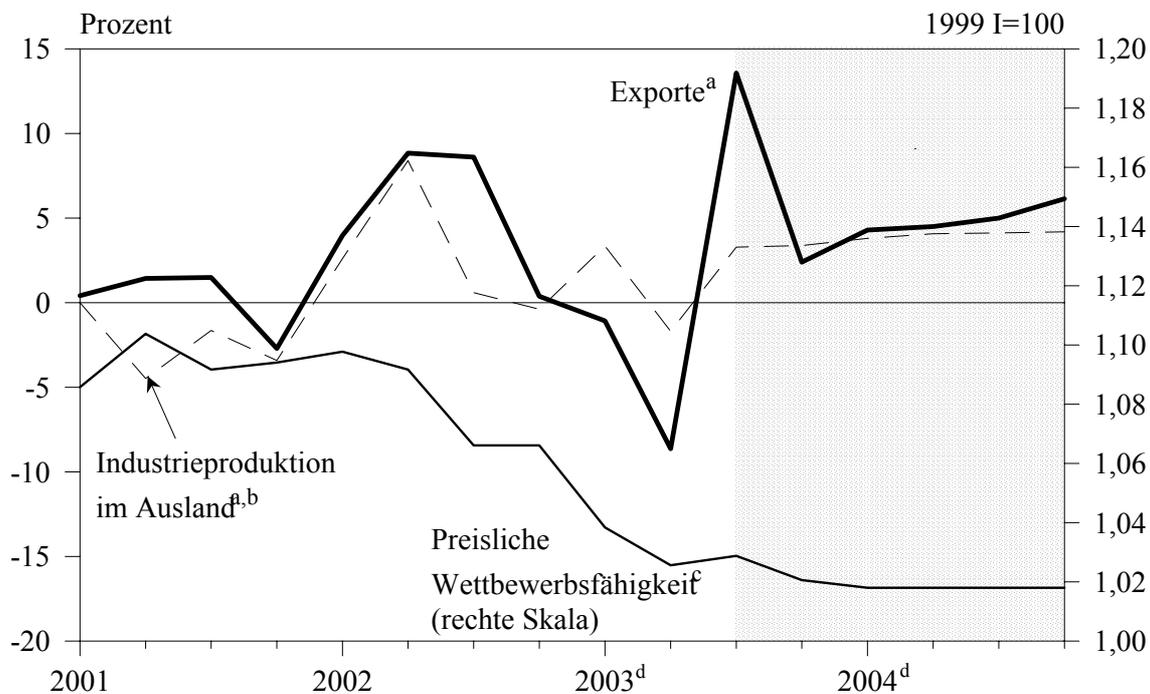
Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen zog im dritten Quartal mit 13,6 Prozent (laufende Jahresrate) überraschend kräftig an, nachdem sie im zweiten Quartal aufgrund eines starken Rückgangs der Industrieproduktion bei den 30 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands und der fortwährenden Aufwertung des Euro eingebrochen war (Abbildung 2). Im dritten Quartal erholte sich die Konjunktur im Ausland, wovon besonders die Konsumgüterindustrie profitierte. Vor allem die Warenexporte in den übrigen Euroraum konnten wieder Boden wettmachen, während die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten vom hoch bewerteten Euro geschwächt wurden und zuletzt sogar rückläufig waren. Insgesamt sind die Exporte jedoch kräftiger gestiegen, als es die Entwicklung ihrer wesentlichen Bestimmungsgründe hätte erwarten lassen, so dass für das Schlussquartal 2003 mit einer Korrektur zu rechnen ist.

Im kommenden Jahr dürften die Exporte mit dem Anziehen der Weltkonjunktur moderat zunehmen. Der Euro wird unserer Annahme gemäß bei einem Niveau von 1,20 gegenüber dem US-Dollar verharren. Allerdings werden die verzögerten Wirkungen der bisher eingetretenen Aufwertung die Exporte noch bis zum Jahresende 2004 dämpfen, wenn auch in immer geringerem Ausmaß. Alles in allem werden die Ausfuhren im Jahr 2003 um 1,5 Prozent steigen, im

Jahr 2004 dann um 5,7 Prozent, wovon allerdings reichlich 1 Prozentpunkt auf die höhere Anzahl von Arbeitstagen zurückzuführen ist.

Abbildung 2:

Exporte und ihre Bestimmungsgründe 2001–2004



^aVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. – ^bIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, acht EU-Beitrittsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. – ^cKehrwert des Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise. – ^dAb 2003 IV: Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnung und Prognosen.

Die Schwächephase bei den Importen von Waren und Dienstleistungen setzte sich im dritten Quartal fort. Maßgeblich hierfür war der Rückgang der inländischen Verwendung. Das starke Exportgeschäft vermochte dies nicht auszugleichen, auch weil der Zuwachs der Exporte, anders als üblich, nicht zu einer höheren Nachfrage nach Vorleistungsgütern führte. Zur Jahreswende werden die Importe mit einer auflebenden Binnennachfrage wieder anziehen und im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums mit einem zunehmenden Exportzuwachs weiter expandieren. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden die Importe um 1,4 Prozent über ihrem Vorjahresniveau liegen; 2004 dürften sie um 4,1 Prozent steigen.

Der Deflator der Importe ist nunmehr schon seit Mitte 2002 in der Tendenz rückläufig. Dies ist hauptsächlich auf die preismindernden Effekte der Euroaufwertung zurückzuführen; hinzu kamen fallende Preise für nichtenergetische Industriestoffe und für Nahrungs- und Futtermit-

tel. Im Prognosezeitraum werden die konjunkturabhängigen Preise für Rohstoffe mit dem weltweiten Aufschwung allerdings weiter anziehen, so dass wir bei unverändertem Wechselkurs mit einem moderaten Auftrieb der Importpreise rechnen. Auch der Deflator der Exporte sinkt seit geraumer Zeit, wenn auch nicht so kräftig wie der der Importe. Die Terms of Trade, die sich in diesem Jahr deutlich verbessert haben, werden im kommenden Jahr nur noch wenig steigen.

Zögerliche Erholung bei den Investitionen

Die Unternehmensinvestitionen sinken seit nunmehr drei Jahren. Zwar zeichnete sich im Winterhalbjahr 2002/2003 eine Erholung der Investitionstätigkeit ab, jedoch kam es im Sommerhalbjahr insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen zu einem neuerlichen Einbruch. Im vierten Quartal 2003 dürften sich die Unternehmensinvestitionen leicht belebt haben. Darauf deuten die zuletzt wieder gestiegenen Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten und das sich verbessernde Geschäftsklima hin. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Wirtschaftsbauten; die Baugenehmigungen sind bis zuletzt gesunken. Für das Gesamtjahr 2003 rechnen wir mit einem Rückgang der Unternehmensinvestitionen um 3,2 Prozent (Tabelle 4).

Tabelle 4:

Reale Anlageinvestitionen 2001–2004 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2001	2002	2003 ^a	2004 ^a
Anlageinvestitionen	-4,2	-6,7	-3,3	1,7
Unternehmensinvestitionen	-3,2	-7,3	-3,2	1,2
Ausrüstungen	-4,9	-9,1	-3,8	0,9
Sonstige Anlagen	5,6	1,6	1,8	5,8
Wirtschaftsbau	-2,3	-6,5	-3,9	-0,1
Wohnungsbau	-6,2	-5,8	-2,7	2,0
Öffentlicher Bau	-4,0	-4,7	-6,8	4,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauten insgesamt	-4,8	-5,8	-3,6	1,6
^a Prognose.				

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Im Verlauf des nächsten Jahres wird sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen bei aufhellenden Absatzperspektiven allmählich beleben. Mit wieder zunehmender Kapazitätsauslastung dürften im zweiten Halbjahr 2004 auch die Investitionen in Wirtschaftsbauten ihre

Schwäche überwinden. Gestärkt werden die Unternehmensinvestitionen durch die günstigen Finanzierungsbedingungen an den Kredit- und Aktienmärkten sowie durch rückläufige Lohnstückkosten. Angesichts der schlechten Wachstumsaussichten rechnen wir jedoch für das Jahr 2004 mit einem verhaltenen Anstieg der Unternehmensinvestitionen (1,2 Prozent).

Die Wohnungsbauinvestitionen legten nach einem (auch witterungsbedingten) Einbruch zu Jahresbeginn im weiteren Jahresverlauf 2003 leicht zu. Zum einen führte die Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage zu einem deutlichen Anstieg der Baugenehmigungen; die Umsetzung der Bauvorhaben dürfte sich allerdings angesichts der langjährigen Gültigkeit der Baugenehmigungen über mehrere Jahre hinziehen. Zum anderen fand das „Wohnraummodernisierungsprogramm 2003“ hohe Resonanz; hierdurch dürften Bauinvestitionen in dieses und auch in das nächste Jahr vorgezogen werden. Deutlich dämpfend wirken die nach wie vor ungünstigen Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und das in einigen Regionen bestehende Überangebot an Wohnraum. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2003 mit einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 2,7 Prozent. Im Jahr 2004 werden sie um 2,0 Prozent ausgeweitet, dazu trägt im Wesentlichen der hohe Arbeitstageeffekt bei.

Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften aufgrund der angespannten Haushaltslage im Jahr 2003 um 6,8 Prozent sinken. Im nächsten Jahr wird der Bund den Gemeinden Steuereinnahmen überlassen, wodurch sich die öffentlichen Bauinvestitionen etwas erholen dürften; sie werden – auch arbeitstagebedingt – um 4,1 Prozent ausgeweitet.

Konsumausgaben werden rascher ausgeweitet

Die privaten Konsumausgaben sind seit zwei Jahren in der Tendenz rückläufig. Im dritten Quartal 2003 wurden sie mit einer laufenden Jahresrate von 2,3 Prozent deutlich eingeschränkt. Ausschlaggebend dürften zum einen das abnehmende real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gewesen sein, zum anderen die Unsicherheit über die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven, die sich in einer weiteren Erhöhung der Sparquote niederschlug. Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürften die Konsumausgaben allerdings wieder etwas gestiegen sein, denn die Erwartung der steuerlichen Entlastung zu Beginn des kommenden Jahres wirkt stimulierend. Im Oktober lagen die Einzelhandelsumsätze knapp ein halbes Prozent über dem Durchschnitt des dritten Quartals, und das Verbrauchervertrauen verbesserte sich weiter leicht. Im Jahresdurchschnitt werden die privaten Konsumausgaben geringfügig zurück gehen (-0,2 Prozent).

Nach den für die Prognose getroffenen Annahmen werden die privaten Haushalte zu Beginn des kommenden Jahres im Zuge der Steuerreform sehr deutlich entlastet. Im Verlauf des Jahres sinken zudem die Beitragssätze in der Krankenversicherung. Allerdings werden die Renten zur Jahresmitte nicht angehoben; außerdem müssen Rentner ab April statt des halben den vollen Beitragssatz zur Pflegeversicherung zahlen. Alles in allem werden die privaten Haushalte durch fiskalische Maßnahmen wohl um rund 10 Mrd. Euro entlastet; die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden mit 3,3 Prozent spürbar rascher expandieren als im Jahr 2003 (0,8 Prozent). Der private Konsum wird daher beschleunigt ausgeweitet. Der Impuls zu Jahresbeginn wird allerdings merklich geringer sein als die fiskalische Entlastung, da diese voraussichtlich zu einem großen Teil durch zusätzliche Schulden finanziert wird. Viele Haushalte werden nicht damit rechnen, dass sich ihre Einkommenssituation langfristig verbessert. Wegen des hohen Budgetdefizits werden sie erwarten, dass Steuern erhöht und weitere Steuervergünstigungen gestrichen werden. Deshalb werden sie einen relativ großen Teil der Einkommenszuwächse durch die Steuerreform sparen (Benner et al. 2003b). Die Ausgabenkürzungen im Gesundheitswesen, die ebenfalls zu Jahresbeginn wirksam werden, werden, abgesehen von Einspareffekten, mit einer Umschichtung von öffentlichem in privaten Konsum verbunden sein. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Zunahme der Konsumausgaben etwas abflachen. Im Jahresdurchschnitt werden die privaten Konsumausgaben um 1,3 Prozent steigen.

Nur wenig verstärkter Preisauftrieb

Das Preisklima ist weiterhin sehr günstig. Die leichte Beschleunigung des Preisauftriebs im Herbst dürfte vor allem auf das Anziehen der Preise für Mineralölerzeugnisse zurückzuführen sein. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich zeitweise, zum Teil infolge der Trockenheit im vergangenen Sommer. Zuletzt kam es hier aber wieder zu einer Beruhigung. Für den Jahresdurchschnitt zeichnet sich ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 Prozent ab.

Zu Beginn des kommenden Jahres steigt die Zuzahlung bei Medikamenten, und bei Arztbesuchen ist eine Praxisgebühr zu entrichten; dadurch wird ein leichter Schub bei den Lebenshaltungskosten ausgelöst. Preisniveauerhöhend wirkt sich auch die Anhebung der Tabaksteuer im März aus. Im weiteren Jahresverlauf bleibt der Preisanstieg allerdings gering. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung bieten sich den Unternehmen kaum Preisüberwälzungsspielräume; zudem dämpfen sinkende Lohnstückkosten sowie die verzögerten Wirkungen der Aufwertung des Euro den Preisauftrieb. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,4 Prozent.

Noch keine echte Wende am Arbeitsmarkt

Folgt man der Arbeitslosenstatistik, so hat sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannt. Nach einem Anstieg in der ersten Jahreshälfte ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl deutlich zurückgegangen. Dies ist allerdings allein auf verschiedene Maßnahmen zur „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. Insbesondere die stark intensivierten Bemühungen der Arbeitsämter um eine „Aktivierung und Aktualisierung der Bewerberbestände“ haben hierzu beigetragen. Zudem behalten seit Mitte dieses Jahres diejenigen Arbeitslosen, die sich ausschließlich zur Wahrung von Ansprüchen an die Rentenversicherung bzw. wegen der Zahlung von Kindergeld arbeitslos gemeldet haben, ihre Ansprüche auch dann, wenn sie in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit als nichtarbeitslose Arbeitssuchende geführt werden.² Darüber hinaus werden ebenfalls seit Mitte 2003 durch ein ärztliches Attest krankgeschriebene registrierte Arbeitslose vorübergehend nicht mehr als Arbeitslose in der amtlichen Statistik geführt. Ohne die genannten Faktoren hätte sich die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt im Herbst weiter erhöht.

Das Tempo des Beschäftigungsabbaus, das im Winterhalbjahr 2002/2003 mit durchschnittlich 160 000 Personen je Quartal einen Höhepunkt erreicht hatte, hat sich im Sommer dieses Jahres auf durchschnittlich fast 75 000 Personen je Quartal mehr als halbiert. Dies ist jedoch nicht konjunkturell bedingt, sondern nahezu ausschließlich auf die ab Anfang April dieses Jahres ergriffenen Maßnahmen zur Erweiterung des Niedriglohnsektors sowie auf die Förderung des Übergangs von Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit (so genannte „Ich-AG“) zurückzuführen (Kasten 1). Die Zahl der offenen Stellen, in denen sich die konjunkturelle Entwicklung der Arbeitsnachfrage noch am deutlichsten widerspiegelt, hat bis zuletzt kontinuierlich abgenommen.

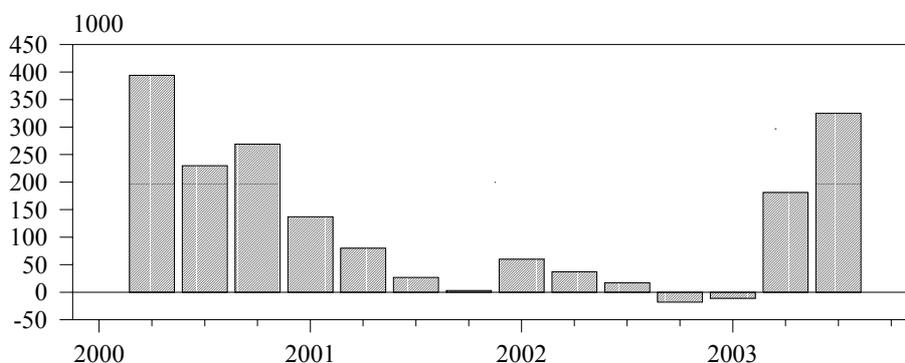
Im Vergleich zur Lohnrunde 2002 ist die Verhandlungsposition der IG Metall, die für 2004 abermals die Rolle des Lohnführers übernimmt, wegen der gescheiterten Verhandlungen um die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland und aufgrund der geringen Erfolge bei der Mobilisierung der Basis gegen die „Agenda 2010“ geschwächt. Sowohl dies als auch die drastische Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die sich 2004 nur wenig verbessern dürfte, haben sich bereits in der allgemeinen Lohnforderung von bis zu 4 Prozent für 12 Monate niedergeschlagen, die sehr deutlich unter derjenigen in der Tarifrunde des Jahres 2002 (6,5 Prozent) liegt. Wir erwarten einen Abschluss von knapp 2,5 Prozent. Hierbei ist unterstellt, dass angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation die in der Lohnrunde

² Hatte die Zahl der nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2003 ihr Vorjahresniveau noch um knapp 60 000 unterschritten, so liegt sie seitdem um 220 000 Personen darüber.

Kasten 1:

Neuregelung des Niedriglohnssektors und Einführung der Ich-AG – erste Erfahrungen

Mit der Neuregelung des Niedriglohnssektors ab dem 1. April 2003 wurden nicht nur die im Frühjahr 1999 durch das 325-Euro-Gesetz verfügten Restriktionen wieder aufgehoben, sondern auch die Einkommensgrenze für die Befreiung der Arbeitnehmer von Sozialabgaben auf 400 Euro erhöht sowie für Löhne bis 800 Euro eine Gleitzone mit allmählich steigenden Sozialabgaben eingeführt. Dadurch wird den Unternehmen ein sehr flexibler Einsatz von Arbeitskräften in einem größeren Einkommensbereich möglich, der gerade angesichts der unsicheren konjunkturellen Perspektiven intensiv genutzt wird. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten ohne sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung (ausschließlich geringfügig Entlohnte im Einkommensbereich bis 400 Euro) allein von Ende März bis Ende April dieses Jahres um über 150 000 Personen erhöht. Die Hälfte hiervon entfällt auf die Umwandlung von regulären Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen in solche mit ausschließlich geringfügiger Entlohnung, so dass sich die Zahl der Erwerbstätigen insoweit nicht verändert hat. Dagegen hat die Beschäftigtenzahl dadurch zugenommen, dass nahezu 80 000 Personen eine ausschließlich geringfügig entlohnte Tätigkeit neu aufgenommen haben. Bis August dieses Jahres hat sich der im April 2003 festzustellende Aufwärtstrend bei den geringfügig Entlohnnten gemäß noch unvollständigen Daten nur leicht abgeschwächt fortgesetzt. Unterschritt die Zahl der ausschließlich geringfügig Entlohnnten im Winterhalbjahr 2002/2003 das Vorjahresniveau noch um etwa 15 000 Personen, so übertraf sie im August 2003 ihr Vorjahresniveau bereits um mehr als 300 000 Personen. Betroffen sind vor allem Wirtschaftsbereiche mit ausgeprägten saisonalen Arbeitsspitzen wie beispielsweise das Hotel- und Gaststättengewerbe und der Einzelhandel. Gerade hier hatte das 325-Euro-Gesetz zu einem massiven Abtauchen in die Schwarzarbeit geführt, das nunmehr offenbar weitgehend rückgängig gemacht worden ist. Insgesamt ist die Neuregelung des Niedriglohnssektors im Interesse einer Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes positiv zu bewerten, auch wenn sie teilweise zulasten der Beschäftigung regulärer Voll- und Teilzeitarbeitskräfte gegangen ist.

Abbildung: Entwicklung der ausschließlich geringfügig Entlohnten^a

^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (2003a; 2003b); eigene Schätzungen.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für die so genannten Ich-AGs. Zwar ist ihr außerordentlich starker Anstieg auf 83 000 im November dieses Jahres, der sich in der Erwerbstätigenstatistik in vollem Umfang in der Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen niederschlägt, auf den ersten Blick beeindruckend. Doch steht zu befürchten, dass viele der den Ich-AGs zugrunde liegenden Geschäftsideen nicht tragfähig sind. Anders als beim Überbrückungsgeld ist nämlich keine Überprüfung durch unabhängige Gutachter vorgeschrieben. Es kommt hinzu, dass in erheblichem Umfang Mitnahmeeffekte zu erwarten sind, da die Zuschüsse, die für maximal drei Jahre des Bestehens der Ich-AGs gezahlt werden, im Falle eines Scheiterns nicht zurückgezahlt werden müssen und da unmittelbar im Anschluss daran erneut Arbeitslosengeld beantragt werden kann. Somit wird über die Ich-AGs indirekt die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld verlängert (Sachverständigenrat 2003: 594).

2002 begonnene Einführung des Entgelttarifments (Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten) vorübergehend ausgesetzt wird. Es wird allerdings nicht damit gerechnet, dass seitens der IG Metall das von den Arbeitgebern favorisierte Thema eines Arbeitszeitkorridors von 35–40 Wochenstunden aufgegriffen wird. Für die im Frühjahr 2004 anstehenden Tarifverhandlungen in der Chemieindustrie erwarten wir einen Abschluss von 2,2 Prozent. Da andere Sektoren noch wesentlich niedrigere Tarifierhebungen zu verzeichnen haben, ergibt sich für die Gesamtwirtschaft eine Tariflohnerhöhung um knapp 2 Prozent im Jahr 2004 im Vergleich zu 2,4 Prozent in diesem Jahr. Die Lohnzusatzkosten dürften sich 2004 nur wenig verändern. Der für die Personalentscheidungen relevante Produzentenreallohn wird sich nicht nennenswert erhöhen. Somit wird von der Lohnseite die Beschäftigungsausweitung nicht behindert.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird sich bis Mitte kommenden Jahres fortsetzen. Erst für das zweite Halbjahr 2004 rechnen wir im Zuge der konjunkturellen Festigung mit Beschäftigungsgewinnen. Wahrscheinlich wird die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten wesentlich stärker zunehmen als die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Entwicklung der Zahl der Selbständigen wird im Wesentlichen durch die Entwicklung der Ich-AGs geprägt. In diesem Zusammenhang erwarten wir für das nächste Jahr zwei gegenläufige Effekte. Einerseits ist damit zu rechnen, dass nicht wenige Ich-AGs ihre Tätigkeit aus wirtschaftlichen Gründen wieder einstellen, weil sie über kein nachhaltiges Konzept verfügen, andererseits bieten sich bei anziehender Konjunktur neue Geschäftsmöglichkeiten. Für den Verlauf des Jahres 2004 erwarten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 10 000 Personen. Das Vorjahresniveau wird 2004 mit knapp 38,1 Mill. Erwerbstätigen abermals unterschritten (Tabelle 5).

Die Abnahme des geleisteten Arbeitsvolumens, die seit 2001 jahresdurchschnittlich 0,9 Prozent betragen hat, wird sich 2004 deutlich abschwächen (0,4 Prozent). Die im Durchschnitt je Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit, die 2001 und 2002 zurückgegangen war, wird in diesem und im kommenden Jahr leicht ansteigen. Dies ist unter anderem auf die starke Zunahme der Nebenerwerbstätigkeit infolge der Neuregelung des Niedriglohnssektors zurückzuführen.

Bei der Prognose der registrierten Arbeitslosigkeit ist unterstellt,³ dass die Effekte der „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik im ersten Halbjahr 2004 auslaufen, da das Reservoir an hierfür in Frage kommenden Arbeitslosen weitgehend ausgeschöpft sein dürfte. Die konjunkturu-

³ Außerdem wird angenommen, dass registrierte Arbeitslose, die an Trainingsmaßnahmen, wie beispielsweise an Kursen zur Einübung von Bewerbungsgesprächen, teilnehmen (November: rund 114 000), auch im Jahr 2004 zu den registrierten Arbeitslosen gezählt werden.

Tabelle 5:

Arbeitsmarktbilanz 1998–2004 (1 000 Personen)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ^a	2004 ^a
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 644	34 128	34 744	34 831	34 580	34 057	33 847
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	115	119	86	123	207	194	154
Pendlersaldo	63	66	67	61	60	59	58
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 581	34 062	34 677	34 770	34 520	33 998	33 789
Selbständige ^b	3 972	3 943	4 004	4 080	4 091	4 137	4 214
Erwerbstätige (Inland)	37 616	38 071	38 748	38 911	38 671	38 194	38 061
Arbeitsangebot ^c	43 434	43 715	44 062	44 276	44 308	44 343	44 362
Stille Reserve ^c	1 539	1 545	1 425	1 513	1 577	1 772	1 900
Registrierte Arbeitslose	4 279	4 099	3 889	3 852	4 060	4 377	4 401
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept ^d	3 594	3 333	3 066	3 110	3 396	3 673	3 707
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^e	10,2	9,7	9,1	9,0	9,5	10,3	10,4
Nach Definition der BA ^f	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5	10,6
Westdeutschland (ohne Westberlin)							
Erwerbstätige ^g	30 126	30 548	31 260	31 535	31 395	31 043	30 975
darunter: BSM ^h	60	67	60	53	43	30	20
Arbeitsangebot ⁱ	34 209	34 502	34 914	35 154	35 222	35 295	35 364
Stille Reserve ⁱ	1 333	1 350	1 273	1 299	1 330	1 500	1 628
Registrierte Arbeitslose	2 750	2 604	2 381	2 320	2 497	2 752	2 761
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ⁱ	8,4	7,9	7,1	6,9	7,4	8,1	8,2
Nach Definition der BA ^f	9,2	8,6	7,6	7,2	7,6	8,3	8,4
Ostdeutschland (einschl. Berlin)							
Erwerbstätige ^g	7 490	7 523	7 488	7 376	7 276	7 151	7 086
darunter: BSM ^h	325	363	257	190	150	110	81
Arbeitsangebot ⁱ	9 225	9 213	9 148	9 122	9 086	9 048	8 998
Stille Reserve ⁱ	206	195	152	214	247	272	272
Registrierte Arbeitslose	1 529	1 495	1 508	1 532	1 563	1 625	1 640
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	17,0	16,6	16,8	17,2	17,7	18,5	18,8
Nach Definition der BA ^f	17,8	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5	18,8

^aPrognose. – ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^cEigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom Januar 2003. – ^dGemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – ^eRegistrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^fBundesanstalt für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – ^gArbeitsortkonzept. – ^hBSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen. – ⁱSchätzungen, die u.a. auf einer lediglich approximativen Ermittlung des Arbeitsangebots in Westberlin basieren. – ^jRegistrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus Inlands- und Inländer-Konzept).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1* (lfd. Jgg.); *Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (zuletzt aktualisiert am 17. November 2003); eigene Schätzungen und Prognosen.

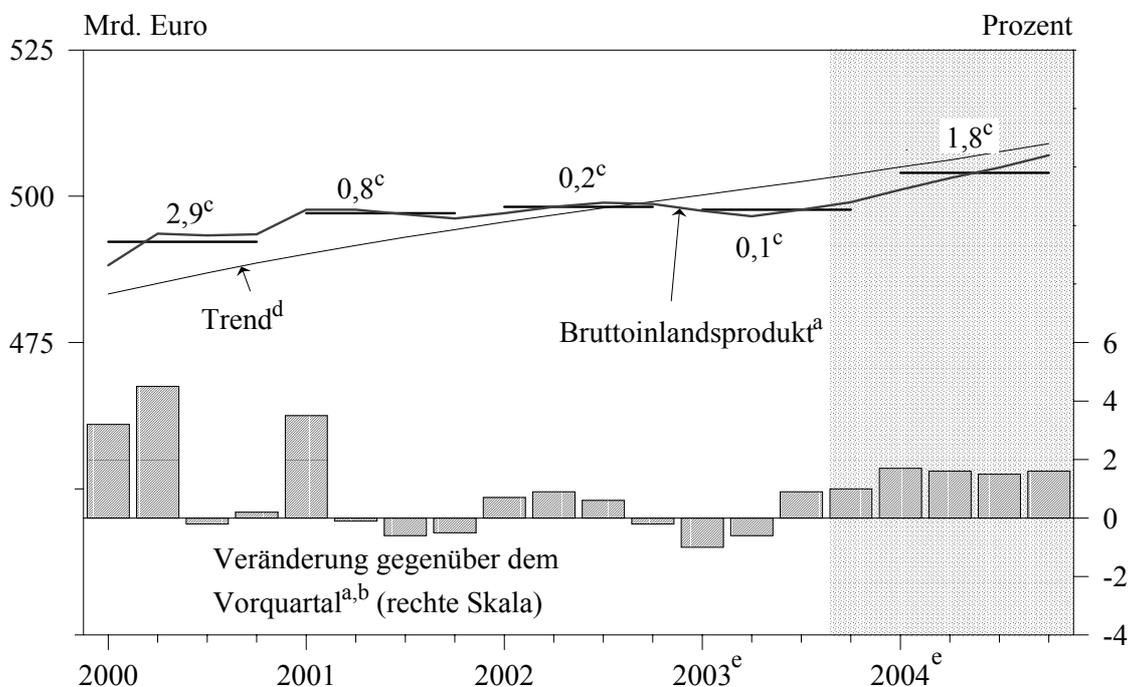
relle Grundtendenz wird sich dann mehr und mehr durchsetzen. Insgesamt erwarten wir nach einem Anstieg im ersten Halbjahr einen Rückgang der Arbeitslosigkeit für das zweite Halbjahr 2004. Diese Abnahme wird jedoch schwächer ausfallen als der Anstieg der Erwerbstätigkeit, da erfahrungsgemäß viele Personen aus der stillen Reserve wieder auf den Arbeitsmarkt stoßen, was durch die Neuregelung des Niedriglohnssektors gefördert wird. Im Jahresverlauf verändert sich die registrierte Arbeitslosigkeit nur wenig. Ihr Vorjahresniveau wird diese 2004 allerdings noch um 25 000 Personen übertreffen, so dass für den Jahresdurchschnitt mit 4,40 Mill. Arbeitslosen zu rechnen ist.

Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt wieder zu

Zu Beginn des kommenden Jahres wird sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion etwas beschleunigen (Abbildung 3); die Kapazitätsauslastung wird damit erstmals seit Anfang 2001 wieder zunehmen, wenn auch nur sehr moderat. Insbesondere die privaten Konsumausgaben werden, angeregt durch die steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte,

Abbildung 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2000–2004



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^dBerechnet mithilfe eines Hodrick–Prescott-Filters. – ^eAb 2003 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 6:
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2001–2004

	2002	2001	2002	2003 ^a	2004 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 989,7	0,8	0,2	-0,1	1,8
Private Konsumausgaben	1 125,3	1,4	-1,0	-0,2	1,3
Konsumausgaben des Staates	388,4	1,0	1,7	0,4	-0,1
Anlageinvestitionen	396,9	-4,2	-6,7	-3,3	1,7
Ausrüstungsinvestitionen	152,5	-4,9	-9,1	-3,8	0,9
Bauinvestitionen	217,1	-4,8	-5,8	-3,6	1,6
Sonstige Anlagen	27,4	5,6	1,6	1,8	5,8
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-22,0	-24,7	-22,0	-12,1	-12,1
Ausfuhr	722,6	5,6	3,4	1,5	5,7
Einfuhr	621,5	0,9	-1,7	1,4	4,1
Außenbeitrag (Mrd. €)	101,1	66,8	101,1	103,0	119,1
Bruttonationaleinkommen	1 989,5	0,9	0,5	-0,7	1,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 110,4	2,2	1,8	0,9	2,8
Private Konsumausgaben	1 236,5	3,0	0,3	0,8	2,7
Konsumausgaben des Staates	404,4	2,2	2,6	1,2	0,0
Anlageinvestitionen	392,0	-4,4	-6,8	-3,9	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	151,9	-5,3	-9,3	-4,8	2,7
Bauinvestitionen	215,5	-4,7	-5,9	-3,7	1,8
Sonstige Anlagen	24,6	5,0	1,0	-0,7	7,2
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-13,2	-15,0	-13,2	-1,2	-6,1
Ausfuhr	757,6	6,6	3,6	1,0	6,6
Einfuhr	667,0	1,7	-3,4	-0,1	4,2
Außenbeitrag (Mrd. €)	90,7	41,2	90,7	98,8	121,2
Bruttonationaleinkommen	2 108,8	2,2	2,1	0,4	2,4
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,3	1,6	1,0	1,0
Private Konsumausgaben		1,6	1,3	1,0	1,4
Ausrüstungsinvestitionen		-0,4	-0,1	-1,0	1,7
Bauinvestitionen		0,1	0,0	-0,1	0,1
Sonstige Anlagen		-0,5	-0,6	-2,4	1,3
Ausfuhr		0,9	0,2	-0,5	0,9
Einfuhr		0,9	-1,7	-1,5	0,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 571,5	2,2	1,9	-0,1	2,2
Arbeitnehmerentgelt	1 130,5	2,0	0,8	0,3	0,8
in Prozent des Volkseinkommens		72,7	71,9	72,2	71,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	441,1	2,8	4,8	-0,9	5,8
Lohnstückkosten, real ^b		0,0	-0,8	-0,4	-1,8
Produktivität ^c		1,4	1,3	1,1	1,9
Arbeitslose (1 000)		3 852	4 060	4 377	4 401
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,4	9,8	10,5	10,6
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 911	38 667	38 194	38 061
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-58,9	-74,3	-82,1	-87,5
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-2,8	-3,5	-3,9	-3,9
Schuldenstand ^e		59,5	60,8	63,9	65,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		4,2	62,8	65,4	85,0

^aPrognose. – ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. – ^dInlandskonzept. – ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

die in dieser Prognose unterstellt sind, rascher ausgeweitet werden. Während dieser Impuls im weiteren Jahresverlauf abebbt, steigen die Investitionen etwas verstärkt, angeregt durch die verbesserten Absatzperspektiven der Unternehmen infolge der weltweiten Konjunkturerholung sowie durch die günstigen Finanzierungsbedingungen aufgrund der niedrigen Zinsen und der Erholung an den Aktienbörsen. In der zweiten Jahreshälfte kommen die Anstöße für die Konjunktur zunehmend aus dem Ausland; der Aufschwung bei den Handelspartnern festigt sich weiter, während gleichzeitig die Effekte der Aufwertung des Euro abklingen.

Nach einem Rückgang um 0,1 Prozent im laufenden Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2004 voraussichtlich um 1,8 Prozent steigen (Tabelle 6). Davon gehen allerdings 0,6 Prozentpunkte auf die deutlich höhere Anzahl von Arbeitstagen, insbesondere im Dezember kommenden Jahres, zurück. Verglichen mit früheren konjunkturellen Erholungsphasen fällt der Produktionsanstieg damit sehr verhalten aus.

Literaturverzeichnis

- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003a). Deutschland: Stagnation hält vorerst an. *Die Weltwirtschaft* (1): 31–56.
- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003b). Leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (3): 240–264.
- Benner, J., K.-J. Gern, C. Kamps, A. Kuhn, B. Sander und J. Scheide (2003c). Industrieländer: Aufschwung setzt sich durch. *Die Weltwirtschaft* (4), in diesem Heft.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2003). *Deutsches Stabilitätsprogramm. Aktualisierung*. 3. Dezember 2003. Berlin.
- Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Bundesanstalt für Arbeit (2003a). Der Arbeitsmarkt in Deutschland. *Monatsbericht*. Oktober. Nürnberg.
- Bundesanstalt für Arbeit (2003b). *Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen in der Bundesrepublik Deutschland*. Online-Quelle (Zugriff am 3. Dezember 2003): <http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/aktuell/iiia6/sozbe/gq6014d.xls>
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). *Subventionsabbau im Konsens*. Wiesbaden.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2003). Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren. Jahresgutachten 2003/04. Online-Quelle (Zugriff am 20. November 2003): <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.